

Protokoll

über die 36. Sitzung des Rates der Stadt Wedel am Donnerstag
dem 26.01.2017,

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 20.00 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion:

Herr Lutz Degener
Frau Rita Dietrich
Frau Kerstin Dorbandt
Herr Christian Fuchs
Frau Heidemargret Garling
Herr Michael C. Kissig
Herr Ulrich Kloevekorn
Herr Peter Kramer
Herr Jan Lüchau
Herr Michael Schernikau
Herr Stephan Schwartz

Fraktionsvorsitzender
Stadtpräsident
1. stellv. Bürgermeister

WSI:

Herr Dr. Stephan Bakan
Herr Joachim Funck
Frau Birgit Neumann-Rystow
Frau Ingrid Paradies
Herr Andreas Schnieber

Fraktionsvorsitzender

2. stellv. Bürgermeister

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Frau Gertrud Borgmeyer
Herr Thomas Grabau
Frau Gudrun Jungblut
Frau Petra Kärger
Herr Olaf Wuttke

Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion:

Herr Lothar Barop
Herr Manfred Eichhorn
Frau Sophia Jacobs-Emeis
Herr Wolfgang Rüdiger

3. stellv. Bürgermeister

Fraktionsvorsitzende

FDP-Fraktion:

Frau Renate Koschorrek
Herr Prof. Dr. Helmut Thöm

Fraktionsvorsitzende



Fraktion DIE LINKE:

Herr Dr. Detlef Murphy

Fraktionsvorsitzender

Seniorenbeirat:

Frau Maike Harder

Vertreterin für Hr. Helms

Herr Bruno Helms

Frau Jutta Kross

2. stellv. Stadtpräsidentin,
i.V.f. Frau Aysen CikerJugendbeirat:

Herr Lucas Harder

Jugendbeirat

Frau Marieke Leidner

Jugendbeirat

Umweltbeirat:

Herr Jens Peyn

Verwaltung:

Herr Jörg Amelung

Frau Angela Gärke

Herr Klaus Lieberknecht

Herr Niels Schmidt

Bürgermeister

Herr Volkmар Scholz

Herr Ralf Waßmann

Frau Martina Weisser

Schriftführerin

Stadtwerke:

Herr Adam Krüppel

zu TOP 4

Es fehlte entschuldigt:Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Frau Aysen Ciker

1. stellv. Stadtpräsidentin

Fraktion DIE LINKE:

Herr Johannes Schneider

Es waren außerdem ca. 30 Zuhörerinnen und Zuhörer und Vertreter der Presse anwesend.

Um 19.00 Uhr begrüßt Stadtpräsident Kloevekorn alle Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums durch die Anwesenheit von 29 Ratsmitgliedern fest und eröffnet die Sitzung. Er verweist auf die schriftliche Anfrage der Grüne-Fraktion zum BusinessPark. Diese wird unter TOP 8.2 behandelt werden.

Der Rat beschließt sodann einstimmig:



Beschluss

TOP 9 und 10 werden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden.
Vor Einstieg in die Tagesordnung bedankt sich die Vorsitzende des Jugendbeirates bei den Ratsmitgliedern und der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit in den letzten 4 Jahren.
Frau Leidner geht ins Ausland und muss den Vorsitz des Jugendbeirates abgeben. Heute hat sie letztmalig an einer Ratssitzung teilgenommen.

Der Stadtpräsident wünscht ihr im Namen des Rates und der Verwaltung alles Gute und eine erfolgreiche Zeit in Kanada.

T A G E S O R D N U N G

- 1.) Einwohnerfragestunde
- 2.) Protokollgenehmigung, hier: Öffentliches Protokoll der 35.Sitzung vom 15.12.2016
- 3.) Nachwahl von Ausschuss- und Gremienmitgliedern
- 4.) Erhöhung der Gesellschafteranteile an der Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (TEE)
- 5.) Terminfahrplan zur strategischen Haushaltsplanung
- 6.) vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 37 "Am Redder", 4. Änderung
"Teilbereich Süd"
hier: Antrag des Vorhabenträgers zur Einleitung eines Verfahrens nach § 13a BauGB zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans,
Einleitungs/Aufstellungsbeschluss
- 7.) Sozialpreis 2017 hier: Besetzung der Jury und Thematik
- 8.) Mitteilungen und Anfragen
 - 8.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen , Prüfaufträgen und To-Do-Liste
 - 8.2 Schriftliche Anfragen

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit

- 9.) Personalangelegenheit;
 - 10.) Mitteilungen und Anfragen
 - 10.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen , Prüfaufträgen und To-Do-Liste
-

11.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

1.) Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner stellt die Frage, wie es dazu gekommen sei, dass die E-Bikes der Stadtwerke ins Schwarzbuch aufgenommen wurden.

Herr Wuttke merkt an, dass es sehr viele Schwarzbücher gäbe und vermutet, dass der Fragesteller das Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler meint.

Der Bürgermeister erklärt, dass die E-Bikes vor 2 Jahren in dem Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler aufgetaucht waren, allerdings im Folgejahr ausdrücklich ein Lob zur geänderten Handhabung bei der Vermietung der E-Bikes im gleichen Schwarzbuch ausgesprochen wurde. Der Bund der Steuerzahler, so Herr Schmidt, sei aber keine Kontrollinstanz für die öffentliche Hand, sondern vielmehr eine Lobbyisten-Institution.

2.) Protokollgenehmigung, hier: Öffentliches Protokoll der 35.Sitzung vom 15.12.2016

Beschluss

Das öffentliche Protokoll wird einstimmig genehmigt.

3.) Nachwahl von Ausschuss- und Gremienmitgliedern

Der Rat beschließt einstimmig:

Beschluss

Der Rat wählt

als stimmberechtigtes Mitglied der Linke-Fraktion in den Ausschuss für Jugend und Soziales Herrn Dr. Detlev Murphy als Nachfolger für die ausgeschiedene Frau Barbara Kautz,

als 4.stellvertretendes Mitglied für die WSI-Fraktion in den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport Frau Angelika Drewes als Nachfolgerin für das ausgeschiedene ehemals 4.stellvertretende Mitglied Herrn Joachim Funck,

als 1.stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Jugend und Soziales für Bd.90/Grüne-Fraktion Herrn Felix Schnorr als Nachfolger für das ausgeschiedene ehemalige 1.stellvertretende Mitglied Herrn Harald Schlüter,

als 4. Stellvertretendes Mitglied in den Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss für die Bd.90/Grüne-Fraktion Frau Petra Kärger als Nachfolgerin für das ausgeschiedene ehemalige 4.stellvertretende Mitglied Frau Angelika Drewes,



als 5.stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport für die Bd.90/Grüne-Fraktion Frau Karin Blasius (der Platz war bisher vakant),

als 4.stellvertretendes Mitglied in den Wahlprüfungsausschuss für die Bd.90/Grüne-Fraktion Frau Aysen Ciker für das ausgeschiedene ehemalige 4.stellvertretende Mitglied Herrn Harald Schlüter und

als persönliches Vertreter für das stimmberechtigte Mitglied Frau Gertrud Borgmeyer in den Schulleiterwahlausschuss Herrn Olaf Wuttke.

- 4.) Erhöhung der Gesellschafteranteile an der Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (TEE)
Vorlage: BV/2016/149

Der Rat beschließt mit 27:1:1 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):

Beschluss

Der Rat beschließt, den Bürgermeister zu beauftragen, als Gesellschaftervertreter wie folgt zu beschließen:

Die Stadtwerke Wedel GmbH erhöht ihre, über die Stadtwerke Wedel BeteiligungsGmbH, mittelbare Beteiligung an der Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (TEE) um bis zu 400.000 €

- 5.) Terminfahrplan zur strategischen Haushaltsplanung
Vorlage: BV/2016/150

Der Rat beschließt einstimmig:

Beschluss

Der Rat beschließt den in der Anlage zum Protokoll beigefügten Terminfahrplan zur strategischen Haushaltsplanung. Der Terminfahrplan tritt zum 01.01.2017 in Kraft.

- 6.) vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 37 "Am Redder", 4. Änderung
"Teilbereich Süd"
hier: Antrag des Vorhabenträgers zur Einleitung eines Verfahrens nach § 13a BauGB zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans,
Einleitungs/Aufstellungsbeschluss
Vorlage: BV/2016/153

Herr Schernikau als Vorsitzender des Planungsausschusses trägt die Beschlussvorlage vor. Er führt sodann aus, dass heute eine 7 Jahre währende Debatte nun endlich zur Beschlussfassung führt. Gegenüber der Anfangsplanung werden jetzt 7 Wohnungen mehr errichtet, allerdings bei gleichbleibender Flächengröße.

Herr Wuttke erinnert daran, dass in den gerade veröffentlichten Zeitungsinterviews zum Haushalt 2017 sehr viele Fraktionsvorsitzende den Bedarf an sozialem Wohnungsbau in Wedel erkannt haben und sich für eine Quote von 30% öffentlich geförderten Wohnungsbaus ausgesprochen hatten. Nun wird diese Quote beim B-Plan 37 leider nicht eingehalten. Aber aufgrund der langen Entwicklungsdauer von 7 Jahren werden die Grünen in diesem Fall zustimmen, zukünftig aber genauestens auf die Einhaltung der Quote achten.

Herr Dr. Murphy führt aus, dass die Linke-Fraktion sich bei den bisherigen Beschlüssen zu diesem B-Plan enthalten hatte. Jetzt wird seine Fraktion aber von Enthaltung auf Ablehnung wechseln. Seitens der Linken gibt es ein deutliches „Nein“ zu diesem B-Plan.

Frau Jacobs-Emeis für die SPD-Fraktion erklärt ebenfalls Zustimmung, allerdings mit der Ankündigung, dass es wirklich das allerletzte Mal sei, dass die SPD einer Unterschreitung der 30 % - Quote zustimmen werde.

Herr Helms für den Seniorenbeirat verliest eine Bitte des Seniorenbeirates, die dem Protokoll als Anlage beigelegt ist.

Sodann beschließt der Rat mit 28:1:0 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):

Beschluss

Der Rat beschließt,

- a) das vom Vorhabenträger Rehder Wohnungsbau Projektgesellschaft Alt-Wedel GmbH & CoKG, Industriestraße 27 a, 22880 Wedel beantragte Bebauungsplanverfahren,
- b) die Aufstellung des vorhaben bezogenen Bebauungsplans Nr. 37 „Am Redder“, 4. Änderung „Teilbereich Süd“ in Verbindung mit § 13 a BauGB.

Der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 37 „Am Redder“, 4. Änderung, Teilbereich Süd beinhaltet Teilflächen der Flurstücke 513, 505 sowie 7/9, Flur 12, Gemarkung Wedel. Die zu überplanende Fläche liegt östlich des Steinbergs, südlich der Steinberghalle und der neuen Bebauung an der Wiedestraße - „dem Wiedepark“ - sowie nördlich der Wiede. Die zu überplanende Fläche wird zur Zeit als Baumschulfläche noch genutzt und ist ca. 2 ha. groß.

7.) Sozialpreis 2017 hier: Besetzung der Jury und Thematik Vorlage: BV/2016/157

Herr Degener als Vorsitzender des Ausschusses für Jugend und Soziales trägt die Beschlussvorlage vor. Der Rat beschließt einstimmig:

Beschluss

Der Rat beschließt,

- 1. als Mitglied des Ausschusses für Jugend und Soziales
Frau Gudrun Nagel / Vertretung: Frau Ursula Grabbert
-

in die Jury für die Sozialpreisverleihung 2016 zu entsenden.

2. als Mitglied des Rates der Stadt Wedel

Frau Aysen Ciker / Vertretung: Herr Lutz Degener
in die Jury für die Sozialpreisverleihung 2016 zu entsenden.

3. Im Jahr 2017 wird der Jury ein/e Vertreter/in der Wedeler Tafel angehören.

Thema des Sozialpreises 2017 ist:

***„Herausragender sozialer Einsatz für Menschen in Problem- oder Notsituationen
sowie finanziell schwache bzw. benachteiligte Mitbürgerinnen und Mitbürger“***

8.) Mitteilungen und Anfragen

8.1.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen , Prüfaufträgen und To-Do-Liste

Herr Schmidt teilt unter Bezugnahme auf die in der Vergangenheit intensiv geführten Diskussionen zur Gleichstellung und Besetzung von Leitungsfunktionen mit, dass in Wedel gerade 2 Fachdienst- und 1 Fachbereichsleitungsstelle mit Frauen besetzt wurden bzw. werden.

Herr Schmidt unterrichtet den Rat darüber, dass er heute Morgen den Stadtpräsidenten und die Fraktionsvorsitzenden informiert habe, dass die Stadt Wedel das Eilverfahren in Sachen BusinessPark vor dem OVG Schleswig verloren hat. Hierzu wird er unter dem TOP Anfragen/ Anfrage der Grüne-Fraktion näher eingehen.

8.2.) Schriftliche Anfragen

Partikelausstoß Vattenfall

Frau Kärgel für die Bd.90/Grüne-Fraktion fragt den Bürgermeister, wie er in dieser Sache weiter vorgehen wolle. Es war zu lesen, dass der Partikelausstoß keine Gesundheitsgefahr darstellen soll. Die Grüne-Fraktion meint, dass hierzu noch nicht alle Bedenken ausgeräumt seien. Frau Kärgel schlägt daher vor, dass der Umwelt-,Bau- und Feuerwehrausschuss einen Fragenkatalog erarbeiten und zur März-Sitzung den Gutachter der BI, Herrn Dr. Tebat, einzuladen sollte. Der Gutachter, so Frau Kärgel, habe weltweit ein großes Renommee und man sollte seine Aussagen ernst nehmen. Sich allein auf das Gutachten der zuständigen LLUR zu verlassen, sei zu wenig. Die Grünen würden den Vorschlag des Umweltministers unterstützen, der vorschlug, beide Gutachten gegenüberzustellen und ggf. ein drittes einzuholen.

Herr Schmidt entgegnet, dass der Verwaltung das Gutachten der BI gar nicht bekannt sei. Ob der Ausschuss, wie von Frau Kärgel vorgeschlagen, sich mit dem Thema und einem Fragekatalog beschäftigen wolle, sei Sache des Ausschussvorsitzenden. Hierzu habe er als Bürgermeister keinen Einfluss. Er, so Herr Schmidt, habe keinen Zweifel an den Aussagen der LLUR. Im Übrigen sei Wedel nicht die Kontrollinstanz der Landesbehörden.

Es folgt eine kurze weitere Diskussion zu der weiteren Herangehensweise. Eine abschließende Entscheidung hierzu trifft der Rat nicht. Herr Kloeveborn verweist auf die Zuständigkeit des Fachausschusses.



Spielplatzpatenschaften

Herr Dr. Murphy erinnert an seine Fragen hierzu. Er fragt Herrn Schmidt, wo die Antworten der Verwaltung gegeben werden. Herr Schmidt sagt zu, dass die Verwaltung die Fragen im nächsten Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport beantworten wird. Herr Dr. Murphy bittet um schriftliche Beantwortung. Dieses sagt Herr Schmidt zu.

Herr Wuttke verliest jetzt die Fragen der Grüne-Fraktion zum Thema OVG Gerichtsurteil zum BusinessPark. Herr Schmidt antwortet wie folgt:

1. Frage der Bd.90/Grüne-Fraktion

Wir fragen den Herrn Bürgermeister:

Was exakt darf die Stadt angesichts des gestrigen OVG-Beschlusses ...

- a) baulich,
 - b) genehmigungsmäßig,
 - c) bezüglich Aufträgen an bzw. Verträgen mit Dritten
- ... bis zum Abschluss der Hauptsache (Normenkontrollverfahren) in Zusammenhang mit dem Plangebiet noch tun?

Antwort des Bürgermeisters zu Frage 1 a) und 1 b)

Die Stadt darf keine Baugenehmigung auf der Grundlage des beschlossenen B-Planes erteilen.

Für den 1. Bauabschnitt des im Genehmigungsverfahren befindlichen Projekts wird eine baurechtskonforme Lösung geprüft.

Antwort des Bürgermeisters zu Frage 1 c)

Aufträge an und Verträge mit Dritten sind vom OVG-Beschluss nicht berührt.

2. Frage der Bd.90/Grüne-Fraktion

Teilt der Herr Bürgermeister die Auffassung, dass interessierte Investoren von bereits geführten bzw. angekündigten Vertragsverhandlungen Abstand nehmen werden, weil es derzeit kein Baurecht (mehr) gibt?

Antwort des Bürgermeisters zu Frage 2

Dazu kann ich zur Zeit keine Aussage treffen. Mit dem Investor für das vom Rat beschlossene Projekt stehe ich in Kontakt. Wir haben uns für nächste Woche verabredet.

3. Frage der Bd.90/Grüne-Fraktion

Beabsichtigt die Stadt bereits zum jetzigen Zeitpunkt, den B-Plan zu ändern, oder will sie zunächst den Ausgang der Hauptsache abwarten, über die das OVG sagt, es spräche derzeit "alles dafür, dass [auch] der Normenkontrollantrag Erfolg haben wird"?

Antwort des Bürgermeisters zu Frage 3

Wir werden umgehend eine Anpassung des B-Planes auf den Weg bringen.

4. Frage der Bd.90/Grüne-Fraktion

Beabsichtigt die Stadt weiters, mit dem Kläger umgehend in direkte Gespräche

einzutreten, um das Verfahren zu beschleunigen, indem sie ihm durch Umplanungen entgegenkommt?

Antwort des Bürgermeisters zu Frage 4

Wir haben nie ein Gespräch verweigert und werden das auch in Zukunft nicht tun. Allerdings geht es jetzt nicht darum, Wünsche des Klägers zu erfüllen oder eines anderen Nachbarn zu erfüllen, sondern den B-Plan nach dem vorliegenden OVG-Beschluss rechtskonform anzupassen.

Herr Eichhorn erklärt in seinem anschließenden Wortbeitrag, dass die SPD von Anfang an gegen den B-Plan war, wenn auch aus anderen Gründen. Dennoch ist die SPD nun nicht glücklich mit dieser Entwicklung. Die SPD unterstützt die Aussagen des Bürgermeisters, den B-Plan so schnell wie möglich dem OVG-Urteil anzupassen. Dringend sollte die Verwaltung mit dem Kläger in Kontakt treten und Gespräche aufnehmen, um eine einvernehmliche Lösung hinzubekommen.

Herr Schnieber bittet, den Fraktionsvorsitzenden die Klageschrift und das Urteil mit Begründung zukommen zu lassen. Die Aussagen und der Erkenntnisgewinn hieraus könnten für zukünftige B-Pläne von Bedeutung sein. Bezüglich der Anregungen, die Verwaltung möge sich zur Erzielung von Einvernehmen mit dem Kläger ins Gespräch begeben, gibt Herr Schnieber zu bedenken, dass dann morgen die Nächsten und die Übernächsten mit ihren jeweiligen Einzelinteressen vor der Tür stehen werden und der B-Plan dann in vielleicht 100 Jahren beschlossen werden könnte.

Es folgt eine längere weitere Aussprache, während der Herr Schmidt mehrfach betont, dass der Verwaltung das Urteil erst seit heute bekannt sei und viele Fragen erst geprüft werden müssen und heute nicht seriös beantwortet werden können.

Herr Dr. Murphy appelliert, sich jetzt für das weitere Verfahren Zeit zu nehmen und grundsätzlich darüber nachzudenken, inwieweit der zukünftige B-Plan nicht nur rechtskonform sein könnte, sondern auch anwohnerfreundlich aus Wedeler Sicht.

Herr Schernikau schlägt vor, alles Weitere im Planungsausschuss zu diskutieren und abzuwägen. Frau Gärke schließt sich dem an und sagt zu, die von Herrn Schnieber geforderten Schriftsätze an die Fraktionen zu verteilen. Frau Gärke macht deutlich, dass das OVG die Stadt Wedel in vielen Punkten durchaus auch bestätigt hat. Angefochten wurden hinsichtlich des Lärms auch nicht die Tag-, sondern die Nachtwerte.

Herr Wuttke appelliert an die Politik und die Verwaltung, jetzt offen mit dem Thema umzugehen. Es bringe gar nichts, so Herr Wuttke, jetzt herauszustellen, dass das OVG hier oder da die Rechtsauffassung der Stadt bestätigt habe. Nach seinem Eindruck wollen doch alle, Fraktionen wie Verwaltung, so schnell wie möglich zu einer rechtssicheren Lösung kommen. Er unterstützt auch den Vorschlag Herrn Schernkaus, so schnell wie möglich im Planungsausschuss alles weitere zu behandeln.

Weitere Wortbeiträge gibt es nicht. Herr Kloevekorn schließt vor der Behandlung der TOP 9 und 10 die Öffentlichkeit aus.

11.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Der Stadtpräsident stellt die Öffentlichkeit wieder her, unterrichtet diese darüber, dass die Nachfolge der Fachbereichsleiterstelle Bauen und Umwelt beschlossen wurde und schließt um 20.00 Uhr die Sitzung.



Ulrich Kloevekorn
Stadtpräsident

gez. Martina Weisser
Schriftführerin

Datum der
Unterschrift

27.01.2017

